

NIEDERSCHRIFT

über die 7. Sitzung des Verkehrsausschusses

vom:	08.06.2000
von:	16.00 Uhr
bis:	19.10 Uhr
Ort:	Rathaus Geisweid, Großer Sitzungssaal

Anwesend waren:

I. Vom Verkehrsausschuss:

Stv Zips, Joachim - als Vorsitzender -
AM Doppler, Christian
Stv Gerlach, Heinrich
AM Hahn, Harald
Stv Heupel, Rüdiger
AM Juckenack, Reinold - für 1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen -
AM Nickel, Volker
AM Reincke, Thomas
Stv Siebel, Helmut - bis 18.40 Uhr -
Stv Sonntag, Hartmut
AM Stein, Manfred - für Stv Elter, Uwe - bis 18.40 Uhr -
AM Vogler, Alfred
AM Wolf, Bruno - für AM Heimann, Lothar -

II. Beratende Mitglieder:

AM Al-Omary, Falk - bis 18.30 Uhr -
AM Arndt, Dora
AM Beewen, Carl
AM Bettermann, Gerhard
AM Hilgendorff, Klaus-Dieter - für AM Theis, Klaus-Jürgen -
AM Jung, Paul Gerhard
AM Mockenhaupt, Franz Josef - für AM Stötzel, Hans -

III. Als Zuhörer:

AM Diehl, Hans-Dieter

IV. Aufgrund besonderer Einladung:

Herr Patt - Leiter der Geschäftsstelle Personennahverkehr Westfalen-Süd - zu TOP 5 ö.T. -
Herr Fischer - Planungsbüro Fischer + Ante - zu TOP 6 ö.T. -
Herr Dietrich - WSBA - zu TOP 7 ö.T. -
Herr Klein - WSBA - zu TOP 7 ö.T. -
Herr Steiner - WSBA - zu TOP 7 ö.T. -

V. Von der Verwaltung:

BM Stötzel - bis 17.20 Uhr -
StBR Brune
Städt. OVR Kühn - bis 17.20 Uhr -
Dipl.-Ing. Weidt - bis 17.20 Uhr -
VA Sting - bis 17.20 Uhr -
Dipl.-Ing. Rohr - bis 17.20 Uhr -
Städt. VR Sondermann
StA Schmidt - bis 17.20 Uhr -
VA Ohrndorf - bis 17.20 Uhr -
VA Benner
VA Mockenhaupt
StA Griese - bis 19.00 Uhr -
Dipl.-Ing. Lüster - bis 17.20 Uhr -
Dipl.-Ing. Nikesch - bis 19.00 Uhr -
StAR Münker - bis 17.20 Uhr -
StOI Schöler - als Schriftführer -

Nicht anwesend waren:

1. Stellv. BM Dreisbach, Jürgen
Stv Elter, Uwe
AM Heimann, Lothar

Zur Tagesordnung:

Die Mitglieder des Verkehrsausschusses und des Ausschusses für Wirtschafts-förderung und Liegenschaften kommen überein, nach der Bestimmung je eines Aus-schussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (TOP 1 ö.T.) die gemein-sam zu beratenden Tagesordnungspunkte „Gemeinschaftstarif Bahn und Bus / Bahn“ und „Flächennutzungsplan, Bebauungsplan Heidenberg“ vorzuziehen. Anschließend trennen sich die Ausschüsse zur Beratung der übrigen Tagesord-nungspunkte.

A ÖFFENTLICHE SITZUNG

1. Bestimmung eines Ausschussmitgliedes zur Mitunterzeichnung der Niederschrift (SPD)

Zur Mitunterzeichnung der Niederschrift wird Herr Gerlach bestimmt.

7. VerkA 08.06.2000

2. Genehmigung der Niederschriften über die Sitzungen vom 06.04. und 18.05.2000

Die Niederschriften werden bei Stimmenthaltungen (wegen Nichtanwesenheit) genehmigt.

7. VerkA 08.06.2000

3. Fragestunde

Es liegen keine Anfragen vor.

7. VerKA 08.06.2000

4. Anträge gem. § 9 der Geschäftsordnung**4.1 Weitere verkehrsberuhigte Gestaltung der Hüttenstraße in Siegen-Geisweid**

- Antrag der CDU-Fraktion vom 23.05.2000 -

Herr Nickel erweitert den von der CDU-Fraktion gestellten Antrag dahingehend, dass weitere Maßnahmen der Verkehrsberuhigung spätestens bis zur Beendigung der weiteren Bauarbeiten an der Birlenbacher Straße durchzuführen sind.

Herr Benner weist auf eine Unterschriftenaktion und einen entsprechenden Antrag der Anwohnerschaft hin, in der Hüttenstraße in Höhe der Fröbelstraße eine Abriegelung vorzusehen. Der Antrag wird in einer der kommenden Haupt- und Finanz-ausschuss-Sitzungen behandelt. Aus Sicht der Verkehrsplanung ist eine Abriegelung aufgrund fehlender Wendemöglichkeit nicht machbar.

Er sagt zu, dass im Zuge der weiteren Maßnahmen an der Birlenbacher Straße die Hüttenstraße nicht als Umleitung ausgeschrieben wird.

Eine denkbare, kurzfristig realisierbare Alternative sieht er in der Aufstellung von Abbiegegeboten in der Hüttenstraße. Aus Richtung Birlenbacher Straße könnte der Verkehr nach rechts, aus der Gegenrichtung nach links in die Fröbelstraße geleitet

werden. Die derzeitige Tonnagebegrenzung kann von 7,5 t auf 3,5 t reduziert werden. Eine solche Verkehrsregelung bringt Umwege für die Anwohner mit sich.

Er schlägt vor, die Verkehrssituation abzuwarten, die sich aufgrund der baustellen-bedingten Umleitungsbeschilderung ergibt. Das Ergebnis kann ausgewertet und die Beschilderung bei Bedarf nachgebessert werden.

Er informiert über das Ergebnis einer Verkehrszählung am 07.06.2000 zwischen 16.00 Uhr und 17.00 Uhr, wonach 32 Fahrzeuge gezählt wurden.

Herr Siebel stimmt Herrn Benner zu, vor weiteren Baumaßnahmen an der Birlenbacher Straße keine Schritte einzuleiten. Die Zwischenzeit ist zu nutzen, um weitere Verkehrszählungen in der Hüttenstraße durchzuführen. Er befürchtet, dass die durchgeführte Zählung nicht repräsentativ ist. Wenn diesbezüglich weiteres Zahlenmaterial vorliegt, kann in der nächsten Verkehrsausschuss-Sitzung ein entsprechender Beschluss gefasst werden.

Herr Nickel weist darauf hin, dass das durch Herrn Benner vorgestellte Konzept der Verkehrslenkung mit den Anwohnern vor der evtl. Umsetzung abzustimmen ist. Im übrigen erklärt er sich mit dem Vorschlag von Herrn Siebel einverstanden.

Fazit:

Der Verkehrsausschuss beauftragt die Verwaltung, in der Hüttenstraße weitere Verkehrszählungen durchzuführen und in der nächsten Sitzung das Ergebnis vorzustellen.

7. VerKA 08.06.2000

5. Gemeinschaftstarif Bahn und Bus/Bahn ab dem 28.05.2000**Vorstellung und Information durch den Zweckverband Personennahverkehr Westfalen-Süd**

- mündlicher Bericht -

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften.

Herr Patt gibt bekannt, dass große Teile des Handlungsprogramms des Zweckverbandes Personennahverkehr Westfalen-Süd umgesetzt wurden, das Leistungspotential konnte um 26 % verbessert werden. Ausfluss des Handlungsprogrammes ist der Gemeinschaftstarif Bahn und Bus. Den Wünschen der Fahrgäste nach Preis-konstanz und guten Anbindungen und die der Träger nach Orientierung an kommunalen Grenzen und Ergiebigkeit wurde soweit wie möglich Rechnung getragen. Um zu einer verlässlichen Kalkulationsgrundlage zu kommen, musste eine umfassende Verkehrserhebung durchgeführt

werden. Den regionalspezifischen Problemen (Lage am Dreiländereck und topographische Eigenschaften) wurde durch Bildung von Flächenzonen und der Einführung einer fünfstufigen Preisstruktur begegnet. Ein Kurzstreckentarif ist im Angebot enthalten.

Die Fahrpreise sind gegenüber den alten Preisen größtenteils konstant geblieben, lediglich 11,5 % der Fahrgäste müssen mehr zahlen als bisher.

Zur Stützung des Gemeinschaftstarifes hat der Aufgabenträger 7,7 Mio. DM investiert. Daneben wurden für eine Marketingkampagne 900 TDM eingesetzt, wovon der Aufgabenträger 50 % übernommen hat. Durch diese finanziellen Unterstützungen können homogene, attraktive Preise angeboten werden.

Herr Siebel kritisiert, dass Informationen zum neuen Gemeinschaftstarif der Öffentlichkeit viel früher hätten bekanntgegeben werden müssen.

Herr Vogler entgegnet, dass die Öffentlichkeitsinformation umgehend nach der sehr spät erteilten Tarifgenehmigung durch den Regierungspräsidenten vorgenommen wurde. Eine Verbreitung dieser Informationen über die Medien und eine wiederholte Postwurfsendung hält er für erforderlich. Im Sinne guter Lesbarkeit sind die an den Haltestellen angebrachten Informationen mit einem größeren Schriftbild zu versehen. Eine Auslegung der Informationshefte an möglichst vielen Stellen im Stadtgebiet hält er für erforderlich.

Die Buslinien sollten eine einheitliche Bezeichnung erhalten.

Er fordert die möglichst kurzfristige komplette Einrichtung des Zentralen Omnibusbahnhofs und die Installation des Busdispositionssystems.

Im Fahrplan sieht er das Problem, dass Fahrgäste des Regionalexpresses aus Richtung Gießen keinen unmittelbaren Anschluss an die Regionalbahn in Richtung Bad Berleburg bekommen können.

Weiterhin spricht er die Problematik, den Hauptbahnhof Siegen als Interregionalhaltepunkt auszuweisen, an.

Er kritisiert, dass die sozial schlechter gestellten Personengruppen der Schüler und Senioren durch die Einführung des neuen Gemeinschaftstarifes mehr zahlen müssen als zuvor und fordert eine entsprechende Nachbesserung.

Dieser Kritik schließen sich die Herren Reincke, Schnutz und Kleine an, wobei Herr Kleine darauf hinweist, dass auch im Ausschuss für Schul- und Bildungswesen am 06.06.2000 Kritik an der Preisgestaltung des Schülertickets geäußert wurde.

Vor dem Hintergrund steigender Treibstoffpreise möchte Herr Nickel wissen, wie lange die neuen Preise gehalten werden können.

Herr Patt führt an, dass das Tarifgestaltungsrecht bei den Verkehrsunternehmen liegt. Bei einer erheblichen Steigerung der Benzinkosten kann eine Preisanpassung nicht ausgeschlossen werden.

Die Preisgestaltung der Schülertickets (insbesondere für Fahrgäste aus dem weiteren Einzugsbereich) wird zur Zeit untersucht.

Herr Al-Omary hält die Umstrukturierung der Buslinien für schwer verständlich.

Herr Mues lobt die Einführung eines Gemeinschaftstarifes, teilt jedoch die von Herrn Al-Omary geäußerte Kritik. Eine teilweise viertellige Linienbezeichnung trägt zu einer Vereinfachung der Fahrpläne nicht bei.

Fazit:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen nimmt den Bericht über den Gemeinschaftstarif von Bahn und Bus zur Kenntnis.

7. VerKA 08.06.2000

6. I. 37. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) im Stadtteil Siegen (Achenbach)

II. Bebauungsplan Nr. 298 „Heidenberg“ im Stadtteil Siegen (Achenbach)

hier: Auf § 31 GO NW wird hingewiesen

- Prüfung der während der öffentlichen Auslegung eingegangenen Anregungen
- Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
- Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung
- Vorstellung des Entwurfes der örtlichen Bauvorschriften im Bereich des Bebauungsplanes

Nr. 298 „Heidenberg“

Vorlagenr. 478/00 - Vorlage vom 24.05.2000 -

Die Beratung erfolgt gemeinsam mit dem Ausschuss für Wirtschaftsförderung und Liegenschaften.

Herr Brune bringt vor, dass aufgrund des Zeitzwanges sehr kurzfristig eine Verwaltungsvorlage erstellt werden musste. In der Konsequenz sind bis zur Ratssitzung geringfügige Modifizierungen in einer Ergänzungsvorlage darzustellen.

Die Bedenken und Anregungen der Bürger betreffend die Nähe des Gewerbegebietes zum Wohngebiet und folglich einer Abwertung des Wohneigentums und einer höheren Verkehrsbelastung wurden in den Abwägungsprozess einbezogen. Die Ansiedlung von Gewerbebetrieben ist großen Einschränkungen unterlegen. Das Bemühen der Stadt liegt darin, lediglich wohnverträgliches Gewerbe zuzulassen.

Durch den zusätzlichen Verkehr auf den Straßen außerhalb des Plangebietes wird der Lärmpegel nicht maßgeblich steigen, so dass von einer erhöhten Beeinträchtigung der Anwohner nicht zu sprechen ist. Im Bereich des Kreisels und des Hotels Johannesshöhe jedoch werden passive Lärmschutzmaßnahmen erforderlich.

Auch wenn der Bebauungsplan zunächst lediglich einen Halbanschluss an den Autobahnzubringer vorsieht, arbeitet die Verwaltung daran, die Genehmigung für einen Vollanschluss beim Westfälischen Autobahnamt Hamm zu erlangen.

Herr Wunderlich wiederholt, dass die CDU auf einen Vollanschluss besteht. In sämtlichen weiteren Planungen ist dieser Gesichtspunkt zu berücksichtigen.

Herr Boldt erklärt für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, dass die Grundsatzentscheidung zwar mitgetragen wird, die Verwaltungsvorlage jedoch abzulehnen ist. Aus ökologischen Gesichtspunkten hält er eine Prüfung für erforderlich, ob alter Gebäudebestand erhalten werden kann. Den durch manche Anwohner geäußerten

Bedenken kann er sich anschließen: Nach der Abstandsliste sind nicht sämtliche gesundheitsgefährdenden Schadstoffe (z. B. Asbeststoffe) ausgeschlossen. Er fordert diesbezüglich eine Nachbesserung.

Er regt an, sämtlichen Schwerlastverkehr ausschließlich über den Autobahnzubringer abzuwickeln.

Beschlussvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegungen von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden.
2. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Hinweise der Träger öffentlicher Belange wird wie folgt beschlossen:
 - 2.1 Der Anregung der Pipeline Engineering GmbH (PLE) Essen wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird nachfolgendes geändert:
 - Die unterirdische Gasleitung Nr. 7 mit Schutzstreifen der Ruhrgas AG wird in den Bebauungsplan übernommen und südlich des Hauses Achenbacher Straße 110 auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche ein Leitungsrecht zugunsten der Ruhrgas festgesetzt.
 - 2.2 Der Anregung der RWE Energie AG wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die RWE Energie AG als Versorgungsträger zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
 - Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der ESI zwischen Heidenbergstraße und Erschließungsstraße 2 wird von 3,50 m auf 4,50 m verbreitert sowie verlängert und als zusätzlicher Begünstigter die RWE Energie AG benannt.
 - 2.3 Die Hinweise des Kreises Siegen-Wittgenstein als Untere Landschaftsbehörde werden durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB berücksichtigt. Durch die vereinfachte Änderung, der der

betroffene Grundstückseigentümer und der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgen-des geändert:

- Im Gliederungspunkt 11.1 entfallen bei der Pflanzliste Sträucher / Hecken die Fliederarten Syringa Vulgaris und Syringa in Sorten.
- Unter dem Gliederungspunkt 11.3 "Mindestbepflanzung der Stell-plätze" wird ein Verweis auf die Pflanzliste unter Punkt 11.1 "Bäume" eingefügt.

- 2.4 Das Schreiben der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB) wird zur Kenntnis genommen.
- 2.5 Der Anregung der Verkehrsbetriebe Westfalen Süd (VWS), eine neue Straßenverbindung zwischen Heidenbergstraße und der Achse 2 in Höhe der alten Kaserneneinfahrt der Heidenbergstraße im Bebauungsplan Nr. 298 planungsrechtlich vorzusehen, wird nicht entsprochen.
- 2.6 Die Schreiben des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege werden zur Kenntnis genommen. Die geforderte Abwägung der öffentlichen Belange bezüglich Denkmalschutz und stadtplanerischer Zielsetzung wird durch diese Bauleitplanung hinreichend vorgenommen.
- 2.7 Das Schreiben des Staatlichen Umweltamtes wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise bezüglich des Ausschlusses von Betriebsarten in den Gewerbegebieten sind bereits berücksichtigt. Bezüglich der Belange Alt-lasten und Abwasser wird eine, gemäß den Abstimmungen, abschließen-de Stellungnahme ohne Bedenken gegen diese Bauleitpläne der Stadt Siegen in der Sitzung vorgelegt.
- 2.8 Das Schreiben der Bezirksregierung vom 15.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis bezüglich der Beschränkung der Sortimentsliste für das Sondergebiet wird in den Erläuterungsbericht der Flächennutzungsplan-änderung redaktionell aufgenommen. In der Flächennutzungsplanänderung werden die Planzeichen für die Darstellung der einzelnen Bauge-biete von M in MI, G in GE und S in SO redaktionell angepasst und die Darstellung W Wohngebiet gestrichen. Die von der Bezirksregierung geforderte Festsetzung der Sortimentsliste (Nachversorgung) für das Sondergebiet wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungs-planes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die Industrie- und Handelskammer sowie der Einzelhandelsverband als berührte Träger öffentlicher Belange zuge-stimmt haben, wird folgendes geändert:
- Bei der Festsetzung Sondergebiet (SO) wird der Textteil "mit einem Randsortiment des täglichen Bedarfs, wie z. B. Getränke, Back-waren, Blumen, Zeitschriften, Drogerieartikel, zulässig" durch nach-stehende Sortimentsliste für SB-Märkte (Nachversorgung) ersetzt:

Sortimentsliste für SB-Märkte (Nahversorgung)

Abgrenzung der Sortimente für SB-Märkte gemäß Punkt 2.2.5 des Gem.RdErl. vom 07.05.1996 - Ansiedlung von Einzelhandelsgrößbetrie-ben - (Mbl.NW 1996 S. 922) und entsprechend dem Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (WB), Ausgabe 1978, (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden):

Kernsortiment Nahversorgung

Lebensmittel, Getränke, Drogerieartikel, Körperpflege, nichtelektrische Haushaltswaren

WB Nr.	Nahversorgungsrelevantes Kernsortiment
- WB 00-10, 12-13 960	Lebensmittel, Süßwaren, Spirituosen (einschl. Milchprodukte, Tiefkühl-, Fleischwaren, Gemüse, Tiernahrung)
- WB 11 - WB 15-18	Getränke Wasch-, Putz-, Reinigungs- und Körperpflegemittel, Kosmetika
- WB 66	Nichtelektrische Haushaltswaren

3. Über die während der öffentlichen Auslegungen vorgebrachten Anregungen der Bürger wird wie folgt beschlossen:
- 3.1 Das Schreiben der "Anliegergemeinschaft Ehlersstraße, Am Ziegenberg, Achenbacher Straße, Hubertusweg" vom 25.10.1999 wird zur Kenntnis genommen.
 - 3.2 Das Schreiben des Berghotels Johanneshöhe vom 10.04.2000 wird zur Kenntnis genommen. Den Anregungen des zweiten Schreibens des Berghotel Johanneshöhe vom 25.04.2000 wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, von der nur die Stadt als Grundstückseigentümer sowie das Forstamt als Träger öffentlicher Belange tangiert werden, wird folgendes geändert:
 - Die überbaubare Grundstücksfläche auf dem Grundstück des Berghotels Johanneshöhe (Mischgebiet) wird weitestgehend gemäß den Anregungen des Eigentümers erweitert. Im Süden wird sie um fünf Meter verschoben, im Nord-Osten um eine Teilfläche von ca. 4,5 Meter vergrößert und im Süd-Westen kann die Baugrenze nicht auf die Grundstücksgrenze verlegt werden, da es ansonsten zu Kollisionen mit dem Schutzstreifen, der dort verlegten Gasleitung (LNR 7-95 DN 100 DE.1) kommt.
 - 3.3 Das Schreiben des Einwenders Nr. 9 mit Datum vom 11.10.1999 (Eingang bei der Stadt 13.04.2000) wird zur Kenntnis genommen. Die Vorbehalte und Anregungen werden zurückgewiesen.
 - 3.4 Das Schreiben des Einwenders Nr. 10 (AGENDA) wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen wie "Verhinderung der Stadtfucht, Reduzierung der Schadstoffbelastungen und Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten" werden durch die Bauleitpläne berücksichtigt.
 - 3.5 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 11 vom 04.04.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der nicht begründete Einspruch gegen den Bebauungsplan wird zurückgewiesen.
 - 3.6 Das Schreiben der Einwender Nr. 12 vom 02.05.2000 wird zur Kenntnis genommen.
 - 3.7 Das Schreiben des Einwenders Nr. 13 vom 04.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch bzw. die Forderung, den Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" in ein Wohngebiet mit Naherholungsmöglichkeiten zu ändern, wird zurückgewiesen.
 - 3.8 Das Schreiben der Einwender Nr. 14 vom 02.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch und die Änderungsvorschläge für den Bebauungsplan Nr. 298 werden zurückgewiesen.
 - 3.9 Das Schreiben der Einwender Nr. 15 (Eigentümergeinschaft Hubertusweg) vom 05.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Beschwerden zur 37. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" werden zurückgewiesen.
 - 3.10 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 16 vom 04.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Beschwerden werden zurückgewiesen.
 - 3.11 Das Schreiben der Einwender Nr. 17 vom 05.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Bedenken und Anregungen werden zurückgewiesen.
 - 3.12 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 18 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch gegen die Errichtung des Gewerbegebietes wird zurückgewiesen.
 - 3.13 Das Schreiben der Bürgerinitiative gegen das "Gewerbegebiet Heidenberg" (Vorstand) wird zur Kenntnis genommen. Die vorgetragenen Bedenken gegen diese Bauleitplanungen werden zurückgewiesen. Der Forderung nach Änderung dieser Planung in ein "Wohn-Mischgebiet" wird nicht entsprochen.
4. Der Rat der Stadt Siegen beschließt:

- 4.1 die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungsbericht laut Anlagen 2 und 3 zur Vorlage;
- 4.2 den Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" mit den vereinfachten Änderungen gemäß § 10 BauGB als Satzung laut Anlage 4;
- 4.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" laut Anlage 5 zur Vorlage.
- 4.4 Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der Örtlichen Bauvorschriften ("Gestaltungssatzung", Anlage 6) für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Erlassung der Satzung durchzuführen.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. VerkA 08.06.2000

7. Neubau Hindenburgbrücke und Kanal Heeserstraße / Brüder-Busch-Straße; Verkehrsführung

Vorlagenr. 482/00 - Vorlage vom 25.05.2000 -

Herr Griese erläutert, dass der Verwaltungsvorschlag eine Führung des Busverkehrs über die Bahnhofstraße / Brüder-Busch-Straße / Fürst-Johann-Moritz-Straße zum ZOB vorsah. In einem Gespräch mit der Gesellschaft für Stadtmarketing hat diese die Bitte geäußert, die Fürst-Johann-Moritz-Straße nicht durch zusätzliche Busse aus Richtung Norden zu belasten. Eine daraufhin erfolgte Rücksprache mit den VWS hat ergeben, dass ein Großteil der Busse aus Richtung Norden über Koch's Ecke dem ZOB zugeführt werden kann. Fahrzeitverluste werden aufgefangen durch eine einzurichtende Busspur in der Sandstraße zwischen Hindenburgstraße und Kölner Tor. Eine zusätzliche Belastung des Individualverkehrs ist hierdurch nicht gegeben. Erreicht wird durch diese Maßnahme, dass ca. 500 Busse pro Tag weniger durch die Fürst-Johann-Moritz-Straße fahren und eine zusätzliche Haltestelle am Kölner Tor angeboten werden kann.

Herr Bettermann erwidert, dass die Entlastung für die Fürst-Johann-Moritz-Straße nicht durch die Führung der Busse aus Richtung Norden über Koch's Ecke erreicht wird, sondern durch das Leiten der Busse aus Richtung Spandauer Straße auf direktem Weg zum Zentralen Omnibusbahnhof.

Als Alternative für eine Verkehrsführung im 3. Bauabschnitt schlägt Herr Griese für den Herrengarten die Fahrtrichtung von der Fürst-Johann-Moritz-Straße Richtung Brüder-Busch-Straße mit Abfluss über die Freudenberger Straße vor.

Auf Frage von Herrn Nickel antwortet Herr Bettermann, dass auf die Busspur an der Koblenzer Straße von Koch's Ecke Richtung Kölner Tor nicht verzichtet werden kann, da bei weitem nicht alle Busse über Koch's Ecke Richtung ZOB geleitet werden.

Herr Griese antwortet Herrn Nickel, dass auf ein Wegfallen des Parkstreifens in der Fürst-Johann-Moritz-Straße bei der Befahrung mit Gliederbussen aufgrund der engen Verhältnisse nicht verzichtet werden kann. Die entfallenden Parkplätze werden in die nicht mehr benötigte Busspur Hindenburgstraße verlegt, weiterhin werden Parkmöglichkeiten auf dem Gehweg entlang des WDR gegeben sein.

Bei einer anderen Verkehrsführung für den Ladeverkehr kann die Fußgängerzone in der Brüder-Busch-Straße (vor C & A) wieder als solche ausgewiesen werden, so Herr Reincke.

Diesbezüglich bittet Herr Doppler darum, den Anliegerverkehr zu bedenken.

Wenn die aus östlicher Richtung kommenden Busse nicht mehr über das Kölner Tor geführt werden, setzt sich Herr Reincke für die Einrichtung einer zusätzlichen Haltestelle an der Koblenzer Straße ein, um eine direkte Umsteigemöglichkeit zu den Schnellbussen zu ermöglichen.

Bei Einrichtung einer Ersatzbushaltestelle in der Brüder-Busch-Straße (vor C & A) bittet Herr Vogler darauf zu achten, dass die geplante Restauration auf der Siegplatte nicht durch den Verkehr beeinträchtigt wird.

Zur Beschleunigung des öffentlichen Personennahverkehrs erinnert er an die bereits diskutierte Einrichtung einer zweiten Zufahrt (in Höhe des Zeitungspavillons) auf den Parkplatz Siegplatte.

Bei zusätzlichem Busverkehr über Koch's Ecke Richtung ZOB ist der ursprünglich provisorisch eingerichtete Fußgängerüberweg im Bereich Berliner Straße / Morleystraße zwingend abzubauen. Weiterhin wird die gesamte Verkehrsführung im Bereich Koch's Ecke zu überarbeiten sein.

Herr Vogler bittet die VWS, die Linien 2 und 3 von Geisweid in Richtung Eisern / Oberschelden nicht mehr über den ZOB, sondern geradlinig über Koch's Ecke in Richtung Eiserfeld zu leiten. Zum einen kann hierdurch die Fahrzeit optimiert werden, zum anderen entfallen Umsteigevorgänge für die Nutzer des ÖPNV. Der Forderung aus dem politischen Raum nach Durchmesserlinien wäre Rechnung getragen.

Bezüglich der Einführung der Durchmesserlinien schließen sich die Herren Jucke-nack und Siebel den Ausführungen von Herrn Vogler an.

Herr Reincke entgegnet, dass eine direkte Umsteigemöglichkeit für Personen mit Ziel Fischbacherberg dann nicht mehr gegeben ist und spricht sich dafür aus, die Busse über den ZOB zu führen.

Auf den Einwand von Herrn Bettermann entgegnet Herr Vogler, dass bei direkter Fahrt über Koch's Ecke zwar ein Wagen am Bahnhof für die Fahrt von dort zum Kölner Tor und weiter in Richtung Geisweid fehlt, dies kann jedoch durch den Wagen von Eiserfeld nach Geisweid aufgefangen werden. Die Teilstrecke vom Bahnhof zur Koch's Ecke bezeichnet er als entbehrlich.

Herr Bettermann gibt zu bedenken, dass die bisherigen Überlegungen Ausfluss von Fahrgastzählungen sind.

Herr Siebel erklärt sich mit dem Verwaltungsvorschlag einverstanden. Die genannten Maßnahmen sollten eingeleitet und Erfahrungen gesammelt werden. Bei auftretenden Problemen ist die Verwaltung zu ermächtigen, ggf. auch ohne vorherige Einschaltung des Verkehrsausschusses, verkehrliche Änderungen durchzusetzen.

Er bittet, die durch Herrn Griesse vorgestellten Folien zur Verkehrsführung den Fraktionen kurzfristig zur Verfügung zu stellen.

Beschluss (mit Erweiterung):

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt den Bau der Hindenburgbrücke unter Vollsperrung mit der im Sachverhalt dargestellten Verkehrsführung unter Einbeziehung der in der Diskussion angeregten Änderungsvorschläge.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. VerKA 08.06.2000

8. Zusammenkunft der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses am 09.05.2000

Vorlagenr. 483/00 - Vorlage vom 11.05.2000 -

Der Verkehrsausschuss berät die Tagesordnungspunkte einzeln.

TOP 1 - Deuzer Straße, Feuersbach

Herr Reincke kritisiert, dass der betriebene Verwaltungsaufwand in keinem Verhältnis zu dem Ergebnis steht.

Herr Hahn beantragt, entgegen der Empfehlung der Arbeitskommission sowohl einen Verkehrsspiegel im Bereich Dammweg / Einmündung Deuzer Straße aufzustellen als auch einen Fußgängerüberweg in Höhe der Haltestelle Ortsmitte Feuersbach einzurichten.

Herr Vogler spricht sich gegen die Anbringung eines Spiegels aus, da die gewünschte Sicherheit durch diese Maßnahme nicht erreichbar ist.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Hahn):

In Feuersbach wird im Bereich Dammweg / Einmündung Deuzer Straße zur Fuß-gängersicherung ein Verkehrsspiegel angebracht. Weiterhin wird ein Fußgänger-überweg in Höhe der Haltestelle Ortsmitte eingerichtet.

Beratungsergebnis: Mehrheitlich dafür

TOP 2 - Frankfurter Straße (Haltestelle AOK)

Herr Hahn schlägt vor, dem Verwaltungsvorschlag, die Haltestelle am jetzigen Standort zu belassen, nicht zu folgen, sondern vielmehr einen Planungsauftrag entsprechend dem Votum der Arbeitskommission zu erteilen.

Beschluss (auf Antrag von Herrn Hahn):

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen beauftragt die Verwaltung, die seinerzeit angedachte Verlegung der Bushaltestelle AOK an das neu gebaute RÜB Löhrtor zu prüfen und zu gegebener Zeit diesbezügliche Vorschläge zu unterbrei-ten.

**Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen**

TOP 3 - Verkehrsführung Hindenburgstraße

Der Punkt wurde mit der heutigen Beratung des Tagesordnungspunktes 7 ö.T. ab-schließend behandelt.

TOP 4 - Neuordnung des ruhenden Verkehrs im Bereich Hammerhütte**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss schließt sich dem Votum der Arbeitskommission an, vor-behaltlich der Zustimmung der Anwohner die Neuordnung des ruhenden Verkehrs im Bereich Hammerhütte, wie von der Verwaltung in der Arbeitskommission prä-sentiert, vorzunehmen. In der Hammerstraße ist zu prüfen, ob ein Parkstreifen ent-fallen kann.

**Beratungsergebnis: 12 Stimmen dafür, 1 Stimme dagegen (BÜNDNIS 90/
DIE GRÜNEN), 0 Enthaltungen**

TOP 5 - Einrichtung einer Fahrradstraße in der Stahlwerkstraße**Beschluss:**

Der Verkehrsausschuss schließt sich dem Votum der Arbeitskommission an und stimmt ebenfalls der Einrichtung einer Fahrradstraße in der Stahlwerkstraße zu.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

TOP 6 - Schützenstraße

Herr Vogler kritisiert, dass die Verwaltung in der Sitzung der Arbeitskommission darüber informiert hat, dass entsprechende Maßnahmen bereits angeordnet seien, bis heute jedoch noch keine Änderung der Situation herbeigeführt wurde. Er bittet die Verwaltung, die durchgängige Begehbarkeit des Fußweges schnellstmöglich umzusetzen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss schließt sich dem Votum der Arbeitskommission an, dass die durchgängige Begehbarkeit des Fußweges an der Schützenstraße gegeben sein muss.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

TOP 7 - Sieghütter Hauptweg / Daimlerstraße / Borsigstraße

Herr Vogler beantragt, im Bereich des Kindergartens im Sieghütter Hauptweg keine Geschwindigkeitsreduzierung auszuweisen, sondern entsprechend der Beschilderung in der Daimlerstraße das Schild „Kinder“ mit dem Zusatz „Kindergarten“ anzu-bringen.

Herr Beewen führt aus, dass im Wege eines Anhörverfahrens zu prüfen ist, wo sich die Ein- bzw. Ausgänge des Kindergartens befinden. Nur wenn diese sich auf der Seite des Sieghütter Hauptweges befinden, ist eine Hinweisbeschilderung erforder-lich.

Herr Benner legt dar, dass nach einem Ortstermin mit der Polizei vereinbart wurde, in der Daimlerstraße Fahrradverkehr entgegen der Fahrtrichtung zuzulassen. Die entsprechende Beschilderung erfolgt kurzfristig. Weiterhin wurde der Vorschlag unterbreitet, die Verbotsschilderung im Bereich der Poller zur Einmündung Daimlerstraße ersatzlos zu entfernen und eine Rechts-vor-Links-Regelung greifen zu lassen. Die Einbahnstraßenregelung sollte überdacht werden, um dem Verkehr die Möglichkeit zu geben, nicht über die Daimlerstraße, sondern auch über die Borsigstraße die B 54 / B 62 zu erreichen.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss spricht sich für die Umsetzung der durch Herrn Benner ge-schilderten Maßnahmen unter Berücksichtigung des Einwandes von Herrn Vogler aus.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Mitteilungen der Verwaltung, Punkt 2 - Verkehrssituation Hubertusweg

Herr Sondermann weist auf das Schreiben des Landrates des Kreises Siegen-Wittgenstein vom 18.04.2000 bezüglich der verkehrsbehördlichen Anordnung gem. § 45 StVO im Bereich Hubertusweg hin und bittet den Ausschuss, seinen diesbe-züglichen Beschluss vom 20.01.2000 (TOP 6 ö.T.) zu bestätigen bzw. die Ausset-zung dieses Beschlusses vom 17.02.2000 (TOP 8 ö.T.) aufzuheben.

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen bestätigt seinen Beschluss vom 20.01.2000:
„Der Verkehrsausschuss beschließt, im Hubertusweg von der Einmündung Fried-rich-Ebert-Straße bis zum Ende des Parkstreifens die Geschwindigkeitsreduzierung auf 30 km/h aufzuheben und in der Fischbacherbergstraße von der Diemstraße bis zur Einmündung Am Stadtwald die Geschwindigkeit auf 30 km/h zu beschränken. Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit einer sinnvollen zeitlichen Be-schränkung der Geschwindigkeitsreduzierung in dem genannten Bereich zu prüfen und entsprechende Ergebnisse vorzustellen.“

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss hebt seinen Beschluss vom 17.02.2000, mit dem der o. g. Beschluss vom 20.01.2000 ausgesetzt und die Verwaltung mit einer eingehenden rechtlichen Prüfung beauftragt wurde, auf.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 1 Enthaltung

7. VerkA 08.06.2000

9. Zeitlich beschränkte Streckenverbote, insbesondere vor Schulen und Kindergärten

Vorlagenr. 484/00 - Vorlage vom 22.05.2000 -

Beschluss:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt der Beurteilung der Straßenverkehrsbehörde zu, in der Regel keine zeitlichen Einschränkungen von Geschwindigkeitsverboten anzuordnen.
Lediglich in besonders begründeten Einzelfällen sollten zusätzliche Einschränkungen angeordnet werden.

Beratungsergebnis: Einstimmig, 0 Enthaltungen

7. VerkA 08.06.2000

VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 7/1 Stadtplanung
Bearbeitet von:

Datum
24.05.2000

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Bauausschuss	05.06.2000
Wirtschaftsf. u. Liegenschaft	08.06.2000
Verkehrsausschuss	08.06.2000
Bezirkssausschuss V - West	13.06.2000
Haupt- und Finanzausschuss	14.06.2000
Umwelt, Landschaftspfl., Energ	15.06.2000
Rat	28.06.2000

Betreff:

I.37. Änderung des Flächennutzungsplanes
II.Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg"
hier:
Auf § 31 GO NW wird hingewiesen
Prüfung der Anregungen
Beschluss der Flächennutzungsplanänderung
Beschluss des Bebauungsplanes als Satzung
Vorstellung der örtlichen Bauvorschriften

Beschlußvorschlag:

1. Es wird zur Kenntnis genommen, dass während der öffentlichen Auslegungen von den Nachbargemeinden keine Anregungen vorgebracht wurden.
2. Über die während der öffentlichen Auslegung vorgebrachten Anregungen und Hinweise der Träger öffentlicher Belange wird wie folgt beschlossen:
 - 2.1 Der Anregung der Pipeline Engineering GmbH (PLE) Essen wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird nachfolgendes geändert:

- Die unterirdische Gasleitung Nr. 7 mit Schutzstreifen der Ruhrgas AG wird in den Bebauungsplan übernommen und südlich des Hauses Achenbacher Straße 110 auf der nicht überbaubaren Grundstücksfläche ein Leitungsrecht zugunsten der Ruhrgas festgesetzt.
- 2.2 Der Anregung der RWE Energie AG wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die RWE Energie AG als Versorgungsträger zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
 - Das Geh-, Fahr- und Leitungsrecht zugunsten der ESI zwischen Heidenbergstraße und Erschließungsstraße 2 wird von 3,50 m auf 4,50 m verbreitert sowie verlängert und als zusätzlicher Begünstigter die RWE Energie AG benannt.
- 2.3 Die Hinweise des Kreises Siegen-Wittgenstein als Untere Landschaftsbehörde werden durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB berücksichtigt. Durch die vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und der berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
 - Im Gliederungspunkt 11.1 entfallen bei der Pflanzliste Sträucher / Hecken die Fliederarten Syringa Vulgaris und Syringa in Sorten.
 - Unter dem Gliederungspunkt 11.3 "Mindestbepflanzung der Stellplätze" wird ein Verweis auf die Pflanzliste unter Punkt 11.1 "Bäume" eingefügt.
- 2.4 Das Schreiben der Siegener Versorgungsbetriebe GmbH (SVB) wird zur Kenntnis genommen.
- 2.5 Der Anregung der Verkehrsbetriebe Westfalen Süd (VWS), eine neue Straßenverbindung zwischen Heidenbergstraße und der Achse 2 in Höhe der alten Kaserneneinfahrt der Heidenbergstraße im Bebauungsplan Nr. 298 planungsrechtlich vorzusehen, wird nicht entsprochen.
- 2.6 Die Schreiben des Westfälischen Amtes für Denkmalpflege werden zur Kenntnis genommen. Die geforderte Abwägung der öffentlichen Belange bezüglich Denkmalschutz und stadtplanerischer Zielsetzung wird durch diese Bauleitplanung hinreichend vorgenommen.
- 2.7 Das Schreiben des Staatlichen Umweltamtes wird zur Kenntnis genommen. Die Hinweise bezüglich des Ausschlusses von Betriebsarten in den Gewerbegebieten sind bereits berücksichtigt. Bezüglich der Belange Altlasten und Abwasser wird eine, gemäß den Abstimmungen, abschließende Stellungnahme ohne Bedenken gegen diese Bauleitpläne der Stadt Siegen in der Sitzung vorgelegt.
- 2.8 Das Schreiben der Bezirksregierung vom 15.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Hinweis bezüglich der Beschränkung der Sortimentsliste für das Sondergebiet wird in den Erläuterungsbericht der Flächennutzungsplanänderung redaktionell aufgenommen. In der Flächennutzungsplanänderung werden die Planzeichen für die Darstellung der einzelnen Baugebiete von M in MI, G in GE und S in SO redaktionell angepasst und die Darstellung W Wohngebiet gestrichen. Die von der Bezirksregierung geforderte Festsetzung der Sortimentsliste (Nahversorgung) für das Sondergebiet wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Nr. 2 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, der der betroffene Grundstückseigentümer und die Industrie- und Handelskammer sowie der Einzelhandelsverband als berührte Träger öffentlicher Belange zugestimmt haben, wird folgendes geändert:
 - Bei der Festsetzung Sondergebiet (SO) wird der Textteil "mit einem Randsortiment des täglichen Bedarfs, wie z. B. Getränke, Backwaren, Blumen, Zeitschriften, Drogerieartikel, zulässig" durch nachstehende Sortimentsliste für (S. B.)-Märkte (Nahversorgung) ersetzt:

Sortimentsliste für (S. B.)-Märkte (Nahversorgung)

Abgrenzung der Sortimente für (S. B.)-Märkte gemäß Punkt 2.2.5 des Gem. RdErl. vom 07.05.1996 - Ansiedlung von Einzelhandelsgroßbetrieben - (Mbl. NW 1996 S. 922) und entsprechend dem Warenverzeichnis für die Binnenhandelsstatistik (WB), Ausgabe 1978, (herausgegeben vom Statistischen Bundesamt Wiesbaden):

...

Kernsortiment Nahversorgung

Lebensmittel, Getränke, Drogerieartikel, Körperpflege, nichtelektrische Haushaltswaren

WB Nr.	Nahversorgungsrelevantes Kernsortiment
- WB 00-10, 12-13 960	Lebensmittel, Süßwaren, Spirituosen (einschl. Milchprodukte, Tiefkühl-, Fleischwaren, Gemüse, Tiernahrung)
- WB 11 - WB 15-18	Getränke Wasch-, Putz-, Reinigungs- und Körperpflegemittel, Kosmetika
- WB 66	Nichtelektrische Haushaltswaren

3. Über die während der öffentlichen Auslegungen vorgebrachten Anregungen der Bürger wird wie folgt beschlossen:
- 3.1 Das Schreiben der "Anliegergemeinschaft Ehlersstraße, Am Ziegenberg, Achenbacher Straße, Hubertusweg" vom 25.10.1999 wird zur Kenntnis genommen.
- 3.2 Das Schreiben des Berghotels Johanneshöhe vom 10.04.2000 wird zur Kenntnis genommen. Den Anregungen des zweiten Schreibens des Berghotel Johanneshöhe vom 25.04.2000 wird durch eine die Grundzüge der Planung nicht berührende vereinfachte Änderung des Bebauungsplanes Nr. 298 gemäß § 3 (3) BauGB in Verbindung mit § 13 Abs. 2 und 3 BauGB entsprochen. Durch diese vereinfachte Änderung, von der nur die Stadt als Grundstückseigentümer sowie das Forstamt als Träger öffentlicher Belange tangiert werden, wird folgendes geändert:
- Die überbaubare Grundstücksfläche auf dem Grundstück des Berghotels Johanneshöhe (Mischgebiet) wird weitestgehend gemäß den Anregungen des Eigentümers erweitert. Im Süden wird sie um fünf Meter verschoben, im Nord-Osten um eine Teilfläche von ca. 4,5 Meter vergrößert und im Süd-Westen kann die Baugrenze nicht auf die Grundstücksgrenze verlegt werden, da es ansonsten zu Kollisionen mit dem Schutzstreifen, der dort verlegten Gasleitung (LNr 7-95 DN 100 DE.1) kommt.
- 3.3 Das Schreiben des Einwenders Nr. 9 mit Datum vom 11.10.1999 (Eingang bei der Stadt 13.04.2000) wird zur Kenntnis genommen. Die Vorbehalte und Anregungen werden zurückgewiesen.
- 3.4 Das Schreiben des Einwenders Nr. 10 (AGENDA) wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen wie "Verhinderung der Stadtfucht, Reduzierung der Schadstoffbelastungen und Vereinbarkeit von Wohnen und Arbeiten" werden durch die Bauleitpläne berücksichtigt.
- 3.5 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 11 vom 04.04.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der nicht begründete Einspruch gegen den Bebauungsplan wird zurückgewiesen.
- 3.6 Das Schreiben der Einwender Nr. 12 vom 02.05.2000 wird zur Kenntnis genommen.
- 3.7 Das Schreiben des Einwenders Nr. 13 vom 04.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch bzw. die Forderung, den Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" in ein Wohngebiet mit Naherholungsmöglichkeiten zu ändern, wird zurückgewiesen.

...

- 3.8 Das Schreiben der Einwender Nr. 14 vom 02.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch und die Änderungsvorschläge für den Bebauungsplan Nr. 298 werden zurückgewiesen.
- 3.9 Das Schreiben der Einwender Nr. 15 (Eigentümergeinschaft Hubertusweg) vom 05.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Beschwerden zur 37. Änderung des Flächennutzungsplanes und des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" werden zurückgewiesen.
- 3.10 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 16 vom 04.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Anregungen und Beschwerden werden zurückgewiesen.
- 3.11 Das Schreiben der Einwender Nr. 17 vom 05.05.2000 wird zur Kenntnis genommen. Die Bedenken und Anregungen werden zurückgewiesen.
- 3.12 Das Schreiben der Einwenderin Nr. 18 wird zur Kenntnis genommen. Der Einspruch gegen die Errichtung des Gewerbegebietes wird zurückgewiesen.
- 3.13 Das Schreiben der Bürgerinitiative gegen das "Gewerbegebiet Heidenberg" (Vorstand) wird zur Kenntnis genommen. Die vorgetragenen Bedenken gegen diese Bauleitplanungen werden zurückgewiesen. Der Forderung nach Änderung dieser Planung in ein "Wohn-Mischgebiet" wird nicht entsprochen.
- 4. Der Rat der Stadt Siegen beschließt:
 - 4.1 die 37. Änderung des Flächennutzungsplanes mit dem Erläuterungsbericht laut Anlagen 2 und 3 zur Vorlage;
 - 4.2 den Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" mit den vereinfachten Änderungen gemäß § 10 BauGB als Satzung laut Anlage 4;
 - 4.3 die Begründung zum Bebauungsplan Nr. 298 "Heidenberg" laut Anlage 5 zur Vorlage.
 - 4.4 Der Rat der Stadt Siegen nimmt den Entwurf der Örtlichen Bauvorschriften ("Gestaltungssatzung", Anlage 6) für den Bereich des Bebauungsplanes Nr. 298 "Heidenberg" zustimmend zur Kenntnis und beauftragt die Verwaltung, das Verfahren zur Erlassung der Satzung durchzuführen.

Sachverhalt / Begründung:

VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 8/2 Straße und Verkehr
Bearbeitet von:

Datum
25.05.2000

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Verkehrsausschuss

08.06.2000

Betreff:

Neubau Hindenburgbrücke und Kanal Heeserstraße / Brüder-Busch-Straße; Verkehrsführung

Beschlußvorschlag:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen beschließt den Bau der Hindenburgbrücke unter Vollsperrung mit der im Sachverhalt der Verwaltungsvorlage dargestellten Verkehrsführung.

Sachverhalt / Begründung:

VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 8/1 Bauverwaltung
Bearbeitet von:

Datum
25.05.2000

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Verkehrsausschuss

08.06.2000

Betreff:

Zusammenkunft der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses am 09.05.2000

Beschlußvorschlag:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt den Empfehlungen der Arbeitskommission des Verkehrsausschusses des Rates der Stadt Siegen zu.

Sachverhalt / Begründung:

VERWALTUNGS- VORLAGE

Geschäftsbereich 4
Fachbereich 8/1 Bauverwaltung
Bearbeitet von:

Datum
25.05.2000

Beratungsfolge Ausschüsse - Rat

☒ öffentlich

☐ nicht öffentlich

Verkehrsausschuss

08.06.2000

Betreff:

Zeitlich beschränkte Streckenverbote, insbesondere vor Schulen und Kindergärten

Beschlußvorschlag:

Der Verkehrsausschuss des Rates der Stadt Siegen stimmt der Beurteilung der Straßenverkehrsbehörde zu, in der Regel keine zeitlichen Einschränkungen von Geschwindigkeitsverboten anzuordnen.
Lediglich in besonders begründeten Einzelfällen sollten zusätzliche Einschränkungen angeordnet werden.

Sachverhalt / Begründung: